

Wie reagiert Europa auf die zunehmende Abhängigkeit von Energieimporten ?

von Rolf Linkohr (MdEP)

e-mail Rolf.Linkohr@energie-fakten.de

Hier die Fakten - vereinfachte Kurzfassung

Die Abhängigkeit der Europäischen Union von Energieimporten wächst. Damit werden die Europäer, die am Tropf der fossilen Energien hängen, immer mehr von Energielieferungen aus politisch instabilen Regionen abhängig. Im Extremfall können sie sogar erpressbar werden.

Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern, muss die

Europäische Union darauf achten, dass sie ihre Importe so weit wie möglich diversifiziert, den Energieverbrauch durch Nutzung moderner Technik verringert und auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung setzt. Auch sollte die EU weiterhin eine Nutzung der heimischen Energien anstreben und seine Scheu vor der Kernenergie ablegen. In der

Außenpolitik muss die EU verstärkt Akzente setzen, nicht nur im Nahen und Mittleren Osten sondern auch in der Beziehung zu Russland. Die Politik der Versorgungssicherheit erhält künftig jedoch einen neuen Verbündeten: die Klimapolitik.

Wie reagiert Europa auf die zunehmende Abhängigkeit von Energieimporten ?

von Rolf Linkohr (MdEP)

e-mail Rolf.Linkohr@energie-fakten.de

Hier die Fakten - Langfassung

Wenn nicht besondere Massnahmen ergriffen werden, muss die Europäische Union ihren Energiebedarf in 20 bis 30 Jahren zu 70 % mit eingeführten Produkten decken. Derzeit sind es etwa 50 %, wofür 1999 240 Mrd. Euro - umgerechnet 1,2% des europäischen BIP - bezahlt werden mussten. Bei dieser Rechnung wird Kernenergie als heimische Energiequelle betrachtet, die Importe beziehen sich also auf Erdgas, Erdöl und Kohle.

45 % der Erdöleinfuhren stammen aus dem Mittleren und Nahen Osten, 40 % der Erdgaseinfuhren kommen aus Russland. Die Abhängigkeit Europas von diesen Ländern wird zunehmen, was in einigen Fällen umso bedenklicher ist, da wir keinen oder nur geringen Einfluss auf das Geschehen der Weltenergiemärkte haben.

Gleichzeitig hat die Förderung von fossilen Energieträgern in der EU ihren Höhepunkt überschritten. Die Steinkohleförderung geht

allein aus Kostengründen zurück und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie vollends unerheblich sein wird. Erdöl und Erdgas aus der Nordsee wird wohl noch zwei, drei Jahrzehnte zur Verfügung stehen, doch mit abnehmender Tendenz.

Nun sind Energiereserven nicht gleichzusetzen mit Ressourcen. In unserer Erde liegen weiterhin Kohle, Öl und Gas. Wieweit sie am Ende aber tatsächlich gefördert werden, hängt von den Kosten und damit vom Energiepreis ab. Steigt der Ölpreis über 30 \$ pro Barrel, dann lohnt es sich, neue Quellen zu erschließen, die bislang aus Kostengründen vernachlässigt wurden. Wir gewinnen damit ein wenig Zeit. Doch wie auch immer, die Eigenerzeugung in der EU geht allmählich zurück und was nicht mehr hier gefördert wird, muss importiert werden. Europa riskiert, in zwanzig Jahren prozentual noch mehr Energie importieren zu müssen wie 1973, dem Jahr der ersten Energiepreis-

krise. Es wird damit noch abhängiger, im äußersten Fall sogar erpressbar.

In Deutschland liegen wir über dem EU-Durchschnitt. Rechnet man wiederum die Kernenergie zu den heimischen Energien, dann hatten wir 2001 eine Importquote von 62 %. Für die eingeführte Steinkohle, das Öl und das Gas mußte die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2001 40 Mrd. Euro bezahlen.

Die Energieabhängigkeit wird auch nicht geringer, wenn die EU um die Staaten Mittel- und Osteuropas erweitert wird. Denn auch diese Staaten importieren mehr als sie erzeugen.

Europa könnte somit im Laufe einer Generation in die Nähe Japans rücken, das 80 % seines Primärenergiebedarfs einführen muss. Die USA hingegen, Europas wichtigster Handelspartner, importieren lediglich 24 %.

In einer idealen Welt, wo Güter und Dienstleistungen in einem friedlichen Wettbewerb über Qualität und Preis ge-

LANGFASSUNG

handelt werden, wäre diese Entwicklung kein Nachdenken wert. Denn so wie Energie sind auch Getreide oder elektronische Bausteine, Kupfer oder Diamanten, Autos oder touristische Attraktionen auf dem Globus unterschiedlich verteilt. Die Energie ist nur eines von diesen vielen Gütern. Wenn wir also mehr Energie einführen müssen, dann müssen wir eben vermehrt andere Güter oder Dienstleistungen ausführen. Im Prinzip sind wir als führende Technologieregion der Welt dazu in der Lage.

Wo ist also das Problem?

Öl ist ein besonderer Stoff. Als vor anderthalb Jahren der Ölpreis etwas anstieg und in Europa über einen Euro pro Liter Benzin bezahlt werden musste, gab es Unruhe und Proteste. Natürlich waren die Regierungen schuld, und hätte es damals Parlamentswahlen in einem europäischen Land gegeben, die Regierung wäre im Strudel der Demonstrationen abgewählt worden, obwohl sie nichts dafür konnte. Einige Regierungen, wie etwa die französische, senkte sogar unter Bruch europäischen Rechts die Mineralölsteuern, nur um den Volkszorn zu dämpfen.

Vor über zehn Jahren war übrigens die These populär, Europa und die USA wären nicht mehr mit Öl, sondern mit elektronischen Chips erpressbar und Japan wäre der Monopolist. Doch Japan verlor dieses angebliche Monopol schneller als vermutet.

Und Erdöl trat wieder an seinen alten Platz.

Steigt der Ölpreis, steigt nicht nur der Unmut über die Regierung, es steigt auch die Inflation. Der Preis von Öl bestimmt außerdem mit sechs Monaten Abstand den Preis des Erdgases. Die Inflation steigt weiter. Importieren wir also in zunehmendem Maße Gas, riskieren wir nicht nur eine immer höhere Energierechnung, sondern auch ein geringeres Wirtschaftswachstum. Wir erhöhen die Arbeitslosigkeit.

Unangenehm ist weiter, dass die Europäer nur einen geringen Einfluß auf die Energiemärkte haben. Gewiss, inzwischen gibt es einen Dialog der EU mit der OPEC, um den Ölpreis innerhalb einer Bandbreite von 22 bis 28 \$ pro Barrel zu halten. Sieht man vom Irak und Iran ab, so scheinen tatsächlich alle OPEC-Staaten ein Interesse an einem stabilen und einigermaßen berechenbaren Ölpreis zu haben. Doch was passiert, wenn der Nahostkonflikt außer Kontrolle gerät? Können wir wirklich ausschließen, dass die Herrscherfamilien in den Golfstaaten nicht eines Tages von einem aufgebrachten Volk vertrieben werden? Gewiss, jede Regierung ist auf die Öleinnahmen angewiesen, doch vielleicht wird es einmal Regierungen geben, die mit Öl wieder Politik betreiben wollen. Niemand weiß es, auch nicht der amerikanische Geheimdienst. Sicher ist nur, dass die USA die einzige

Großmacht in der Region sind und durch ihren politischen und militärischen Einfluss die Lage stabilisieren. Dass - beiläufig erwähnt - dabei niemand über die Verletzung der Menschenrechte spricht, ist uns vielleicht peinlich, doch wir verdrängen unsere Skrupel. Wenn es um „unser“ Öl geht, sehen wir auch mal grosszügig darüber hinweg, dass in Saudi-Arabien nach Gesetzen geurteilt wird, gegen die wir anderorts lauthals protestieren würden!

Europa wird - allein schon der Bekämpfung des internationalen Terrorismus wegen - im Mittleren und Nahen Osten immer mehr präsent sein. Es ist nicht auszuschließen, dass die USA von Europa verlangen werden, in dieser Region eine noch größere Rolle zu übernehmen. Deutsche Schiffe patrouillieren bereits heute am Horn von Afrika, Europäer aller Nationen stehen in Afghanistan und morgen vielleicht in einem anderen Land, um streitende Volksgruppen auseinander zu halten. Politische und Energieinteressen werden immer mehr miteinander verflochten. So könnte leicht eine explosive Gemengelage entstehen, die nur auf den berühmten Funken wartet.

Risiken zeichnen sich auch in Mittelasien ab, wo ebenfalls erhebliche Öl- und Gasreserven vorhanden sind. Diese jungen Staaten sind allesamt schwach, mit latenten inneren Konflikten, die von äußeren Mächten für Interventionen

LANGFASSUNG

genutzt werden können. Mittel-Asien ist ähnlich wie der Balkan ein machtpolitisches Vakuum, um das herum mächtige Staaten liegen, die nur darauf warten, eine Gelegenheit zum Eingreifen nutzen zu können.

Was folgt aus dieser Einschätzung?

Europa muss zum einen darauf achten, dass seine Energieimporte nicht zur Erpressbarkeit führen. Mit anderen Worten, es sollte seine Importe so weit wie möglich diversifizieren, den Zwang zum Energieimport durch Eigenproduktion verringern, den Energieverbrauch durch intelligente Nutzung moderner Technik verringern und vor allem umsetzen, was im Unionsvertrag zur Nachhaltigkeit gesagt wird. Europa sollte auch seine Scheu vor der Kernenergie ablegen, denn immerhin hat uns die Kernenergie im Jahr 2000 etwa 200 Mio. t Rohöläquivalente erspart, die - hätten wir sie als Rohöl einführen müssen - 45 Mrd. Euro gekostet hätten.

Im Rahmen seiner Außen- und Sicherheitspolitik muss Europa aber auch diplomatisch aktiver werden. Es ist kein Zufall, dass sich die EU in Israel als Gesprächspartner empfiehlt. Die EU ist an einer friedlichen und dauerhaften Lösung des Nahostkonfliktes nicht nur interessiert, sie bemüht sich auch zu vermitteln. Mit ihrer Außenpolitik, gestützt auf ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht,

stabilisiert sie auch die Energiebeziehungen. Wo und wann Erdöl- oder Erdgasleitungen gelegt werden, ist in Brüssel auf einmal ein Thema geworden. INNOGATE, ein eigens dafür geschaffenes finanzielles Instrument der EU, soll Europa zu einem anerkannten und wichtigen Gesprächspartner beim Leitungsbau machen. Da Ost- und Südosteuropa, Zypern und die Türkei Beitrittskandidaten sind, rückt die EU ohnehin geographisch näher an den Nahen Osten und an Mittel-Asien.

Von besonderer Bedeutung wird Europas Beziehung zu Russland, ein Land, das sich der EU als geradezu idealer Energiepartner anbietet, denn Russland verfügt nicht nur über gewaltige Energiereserven, die es fördern und exportieren will, es rückt auch politisch immer näher an Europa heran. Im Herbst 2002, wenn die NATO erweitert wird, wird Russland nahezu gleichberechtigt am runden Tisch ihrer Mitglieder teilnehmen. Langsam greifen auch die wirtschaftlichen Reformen. Sein Energiemarkt wird sich in den nächsten Jahren schon deshalb öffnen, damit Kapital und Technik ins Land kommen. Russland wird in zunehmendem Maße einer von Europas berechenbarsten Energiepartnern werden, was Folgen für Europa, aber auch für Russland hat. So werden in Russland Zug um Zug die Energiepreise erhöht, um den eigenen Unternehmen Investitionen zu

ermöglichen. Russland will damit u.a. ein ehrgeiziges Nuklearprogramm finanzieren, um den heimischen Markt zu versorgen und soweit möglich, Erdgas durch Strom zu ersetzen, denn Erdgas ist in Russland billig, doch wenn man es exportiert, erhält man dafür Weltmarktpreise. Ohne es zu wollen, führt deshalb der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie zu einem erneuten Einstieg in Russland. Wir kaufen deren Gas, und die Russen bauen für das Geld neue Kernkraftwerke oder verlängern die Lebensdauer der alten Reaktoren.

Hilfreich ist auch die Liberalisierung der Energiemärkte. Dadurch wird der Ausbau der Netze gefördert, die Preise geraten unter Wettbewerbsdruck und aus nationalen werden europäische Energieunternehmen. Europas Staaten werden stärker voneinander abhängig, der Binnenmarkt stärkt die Gemeinsamkeit. Es darf davon ausgegangen werden, dass der Druck auf eine Harmonisierung der Energiesteuern wächst.

Die Europäische Kommission hat ihre Vorstellungen zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit Ende 2000 in einem Grünbuch dargelegt¹. Der Rat und das Europäische Parlament haben dazu Stellungnahmen verfasst, mit anderen Worten, Versorgungssicherheit ist wieder ein Thema. Der 11. September 2001 hat der Diskussion neue Nahrung gegeben, stieg doch der Öl-

LANGFASSUNG

preis kurzfristig auf über 30 \$ pro Barrel.

Nachdem die Europäische Union das Protokoll von Kyoto ratifiziert hat, also bis 2010 ihre CO₂-Emissionen um 8 % gegenüber 1990 verringern will, bekommt die Politik der Versorgungssicherheit einen neuen Verbündeten. Denn das Kyoto-Ziel kann nur erreicht werden, wenn weniger fossile Energieträger verbrannt werden², wenn die Energieeffizienz zunimmt und fossile Energien durch Erneuerbare - und Kernenergie - ersetzt werden. Kyoto bewirkt somit indirekt, dass Europas Energieabhängigkeit abnehmen wird, wenngleich aus völlig anderen Gründen. Die Klima-

politik beflügelt über ihre flexiblen Mechanismen - Emissionshandel, Joint Implementation, Clean Development Mechanism - auch die internationale Zusammenarbeit und begründet sie nicht nur mit dem Wunsch, Energie kaufen und verkaufen zu können, sondern mit dem gemeinsamen Interesse, den Treibhauseffekt zu dämpfen.

Die Energiepolitik Europas war in den letzten zehn Jahren von dem Bemühen geprägt, den Strom- und Gasmarkt dem Wettbewerb zu öffnen. Dieser Prozess ist - wenigstens politisch - weitgehend abgeschlossen. Jetzt stehen wieder die Versorgungssicherheit und in ihrem Gefol-

ge die Energieaußenpolitik im Vordergrund, begleitet von den energiepolitischen Auswirkungen der Klimapolitik, die ohnehin immer mehr zum bestimmenden Faktor der Energiepolitik wird. ■

¹ Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit, Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (2000)769 endgültig

² 94 % der in Europa durch den Menschen verursachten CO₂ Emissionen entfallen auf Öl (50 %), Gas (22 %) und Kohle (28 %)